

Neuköllner Rundschau kompakt

für Britz, Buckow, Gropiusstadt, Rudow und Nord-Neukölln



CDU NEUKÖLLN

Ist Neukölln noch zu retten?



Stefanie Vogelsang
CDU-Kreisvorsitzende und
stellv. CDU-Landesvorsitzende

Mit Neukölln geht es seit Jahren bergab und es wird weiter bergab gehen. Zu diesem Ergebnis kommt das *Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2007*. Im Norden Neuköllns ist es am schlimmsten: Kinder aus sozial stabilen Elternhäusern mit eigenem Erwerbseinkommen sind eine kleine Minderheit, 90 Prozent der Eltern vom Lernmitteleigenanteil befreit. Der

Anteil von Kindern nicht deutscher Herkunft liegt zwischen 80 und 100 Prozent. 70 Prozent der Schulabgänger haben keinen oder nur einen Hauptschulabschluss. Die Zeitungsmeldungen über Jugendkriminalität häufen sich. Die Arbeitslosigkeit im Neuköllner Norden liegt bei durchschnittlich 30 Prozent – noch. Allmählich geraten nun auch schon südlichere Stadtteile wie Britz und Gropiusstadt in den Abwärtsog. Dem Senat wird mit dem Monitoring eigentlich nur bestätigt, was die Damen und Herren schon seit Jahren wissen. Doch welche Antworten haben die Landespolitiker? Quartiersmanagement hier und da – gut und schön, aber das reicht doch offensichtlich überhaupt nicht. Was Neukölln braucht, ist die besondere Unterstützung der Kitas und Schulen, damit die Kinder, trotz schlechter Startbedingungen vom Elternhaus, die Sprache ordentlich erlernen, intellektuelle

Fähigkeiten und eine gefestigte Persönlichkeit entwickeln können, um eine Berufsausbildung zu schaffen. Wir brauchen Arbeitsplätze, damit die Jugendlichen überhaupt eine Chance für ihre Zukunft sehen, für die es sich anzustrengen lohnt. Wir brauchen die klare Durchsetzung unserer Regeln und Gesetze, damit Frust, der sich in Rücksichtslosigkeit, Kriminalität und Gewalt Bahn bricht, nicht ganze Gebiete zu no-go-areas werden lässt. Und schließlich brauchen wir Kultur, auch ganz profan die Pflege des öffentlichen Raumes, von Straßen, Plätzen und Grünanlagen, damit Neukölln attraktiver wird für junge Familien, die hierher ziehen wollen. Was macht der Senat? Die Bildungspolitik – ein Chaos: An den Schulen fehlen Lehrer, die Kollegien sind überaltert, junge Lehramtsstudienabsolventen finden in allen anderen Bundesländern bessere Bedingungen und wandern ab. Wirtschaftspolitik – nicht exist-

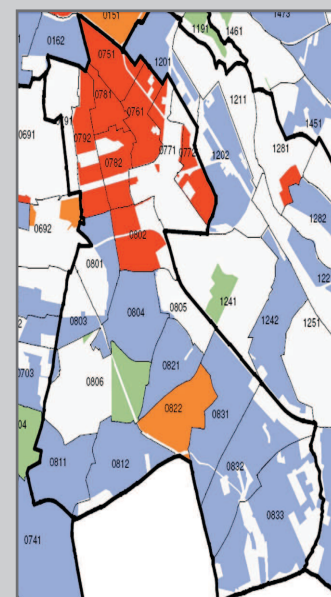
tent: Ansiedlung von Unternehmen in größerem Stil findet nicht statt, stattdessen Konkurse bei kleinen Firmen und Mittelständlern. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird verhindert, wenn sie nicht in das ideologische Konzept passen, siehe Estrel oder Flughafen Tempelhof. Innen- und Sicherheitspolitik – ein Armutszeugnis: Die Polizeiabschnitte werden personell ausgedünnt, die Ordnungsämter mit zusätzlichen Aufgaben überhäuft, ohne zusätzliche Mitarbeiter zu bekommen. Die Stadtentwicklungspolitik – hilflos: Quartiersmanagement als sozialpädagogische Kosmetik, derweil sich auf vielen Straßen ein Schlagloch an das nächste reiht und viele Grünanlagen vermüllen oder verwildern. Berlin muss sparen, das ist richtig, aber Berlin darf nicht sparen ohne Konzept. Denn wenn es so weitergeht, bedeutet dies das Abschreiben ganzer Stadtteile und Bezirke. Neukölln ist der Anfang. ■

Gutachten: Sozialstruktur in Neukölln immer schlechter

„Das kürzlich veröffentlichte Gutachten zur sozialen Stadtentwicklung der Humboldt Universität bringt für Neukölln erschreckendes zu Tage und bestätigt die Befürchtungen, die schon lange bei uns bestanden“, so der CDU Fraktionsvorsitzende Falko Liecke. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, das der gesamte Norden Neuköllns bis einschließlich Nord-Britz ein Bereich mit sehr niedrigem sozialem Status darstellt und als Gebiete mit Ausgrenzungstendenz bezeichnet werden können. In den Gebieten, in denen bereits eine hohe Problemdichte existiert, verschärft sich die Situation noch weiter. Das Monitoring stellt fest, das es bisher nicht gelungen ist, die Abwärts-

spirale in den Problemquartieren zu stoppen oder gar umzudrehen. Liecke: „Diese Bilanz ist nicht nur ein vernichtendes Urteil für die Politik des Bezirksbürgermeisters Buschkowsky, der es in seiner fast 30 jährigen Zeit als Kommunalpolitiker und SPD-Parteisoldat nicht geschafft hat, bessere Weichen für Neukölln zu stellen, sondern auch für den rot-roten Senat, der mit seiner radikalen Sparpolitik die sich abzeichnende Situation deutlich verschärft hat.“ Im Bezirk sind über 185.000 Menschen von einem niedrigen bis sehr niedrigen sozialen Status betroffen. Das sind weit mehr als die Hälfte der Neuköllnerinnen und Neuköllner (61,4%). Weitere Indikatoren für die angespannte Situation ist eine

enorm hohe Kinderarmut sowie Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen (zwischen 13% und 16%). 70% aller Schulabgänger haben keinen oder einen Hauptschulabschluss. 97% der Kinder unter 15 Jahren fallen in die Gruppe der Bezieher für Existenzsicherungsleistungen. „Insgesamt zeichnet sich eine weitere Verschlechterung in der künftigen Entwicklung Neuköllns ab. Wichtige Schritte zur Verbesserung der Situation seitens des Senats wären jetzt die Ausweitung des Quartiersmanagements und ein Sonderprogramm mit Sofortmaßnahmen für Neukölln, um Investitionen in Bildungseinrichtungen, Maßnahmen der Jugendhilfe und für Integrationsleistungen einzustellen“, so Liecke abschließend. ■



Wo Neukölln kippt - Rot markiert

Keine Gebetsräume an Neuköllner Schulen



Sascha Steuer, MdB
Bildungspolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion Berlin,
Rudower Abgeordneter

An vielen der Neuköllner Schulen sind seit langem Spaltungstendenzen zu erkennen. Seit Jahren vervielfacht sich die Anzahl derjenigen Schüler, die am Religionsunterricht der Islamischen Föderation teilnehmen. Absonderungen der muslimischen Schüler sind die

Folge. Mehr kopftuchtragende Mädchen, mehr Eltern, die ihre muslimischen Kinder vom Sport- oder Biologieunterricht abmelden und nicht an Klassenfahrten teilnehmen lassen. Der Senat unternimmt zudem bis heute nichts gegen die Formulierung in den Zeugnissen „Es gibt zwei Arten von Menschen, die einen sind unsere Geschwister im Glauben, mit den anderen sind wir durch das Menschsein verbunden“. „Das ist doch unfassbar!“ Nun hat das Berliner Verwaltungsgericht angeordnet, dass ein muslimischer Schüler eines Weddingener Gymnasiums einmal täglich sein Gebet nach islamischem Ritus in der Schule, aber außerhalb der Unterrichtszeit abhalten darf. Dafür wurde ihm ein Gebetsraum zur Verfügung gestellt. „Es gibt zwingende Gründe, dass dies in Berlin nicht zur Norm wird“, sagte Schulsenator Zöllner erst kürzlich im Ber-

liner Abgeordnetenhaus auf eine Anfrage des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Sascha Steuer. Nun kommt heraus, dass Zöllner aber offenbar keine Beschwerde gegen das Urteil einlegen will. Sascha Steuer machte klar: „Die Reaktionen von Lehrverbänden und Schulleitungen zeigen deutlich die Zuspitzung der Lage an den Berliner Schulen. Im Namen einer Religion sollen immer mehr Grundsätze unserer Schulordnung außer Kraft gesetzt werden. Der Senat schaut dabei tatenlos zu. Steuer: „Die Schule hat einen Bildungs- und Erziehungsauftrag und nicht mehr. Für die Religion sind die Kirchen und Glaubensgemeinschaften zuständig. Damit das Neutralitätsgebot der Schule gewahrt wird, muss der Senat gegen dieses Urteil vorgehen und das Oberverwaltungsgericht einschalten.“ Die CDU fordert außerdem, dass

der Senat den unkontrollierten Islamunterricht nicht länger tolerieren dürfe. Er sei die Ursache für viele weitere Probleme. Sascha Steuer fordert, dass Religion -wie in anderen Bundesländern auch- ein ordentliches Unterrichtsfach werden solle, das von staatlich ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet wird und neben Ethik in einem Wahlpflichtbereich gewählt werden kann. „Um es ganz klar zu sagen: Es geht nicht darum, jemandem seinen Glauben zu verbieten – nicht umsonst ist die Religionsfreiheit im Grundgesetz verankert. Religion muss aber Privatsache bleiben, Schulen sind zum Lernen da. Außerdem würden die Schulen vor enorme Herausforderungen gestellt, müssten sie Gebetsräume einrichten. Schon jetzt stellt die Raumnot ein großes Problem dar.“ ■

Neustrukturierung von Hartz-IV-Betreuung - CDU für Arbeitsmarktpolitik vor Ort



Marion Kroll, MdB
Arbeitsmarktpolitische
Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin,
Gropiusstadt Abgeordnete

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen vom 31.3.08 haben es deutlich gemacht: Berlin ist nach wie vor Schlusslicht bei Abbau der Arbeitslosigkeit. Liegt der Bundesdurchschnitt der arbeitslos gemeldeten Leistungsempfänger bei 8,6%, so liegt er in Berlin bei 14,7%. „Ganz besonders dramatisch“, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der CDU Fraktion, Marion Kroll „

ist die Situation in Neukölln. Hier beträgt die Zahl der arbeitslos gemeldeten Menschen 28.400, dass entspricht einem Durchschnitt von 19,8% -mehr als doppelt so viel wie der Bundesdurchschnitt.“ Nun kommen auf die in den JobCentern bundesweit betreuten Leistungsempfänger weitere Probleme hinzu. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat mit dem Urteil vom 20.12.2007 entschieden, dass die bisherige Zusammenarbeit der Kommunen mit der Bundesagentur für Arbeit in Arbeitsgemeinschaften (ARGE) verfassungswidrig ist. Die Betreuung der rund 5,2 Millionen Empfänger von Hartz-IV-Leistungen in Deutschland durch die bisherigen JobCenter muss bis zum Ende einer Übergangsfrist bis Ende 2010 neu organisiert werden. Derzeit gibt es bundesweit mehr als 350 ARGE, in denen sich rund 55.000 Mitarbeiter um die Langzeitarbeitslosen kümmern. Bund und Länder sind sich einig, dass schnell gehandelt werden muss,

um die Mitarbeiter und Kunden nicht zu beunruhigen und um ihnen Rechtssicherheit zu geben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hatte darauf hin Anfang Februar 2008 ein Eckpunktepapier zur Neuregelung der „Kooperativen JobCenter“ vorgelegt, das möglichst zum 01.01.2009 umgesetzt werden soll. Nach Meinung des BMAS werden die Kunden im kooperativen JobCenter wie bisher einheitliche Anlaufstellen vorfinden, die eine gemeinsame Antragsannahme, abgestimmte Erteilung von 2 Bescheiden für die Grundsicherung und Auszahlung und soweit erforderlich eine abgestimmte Eingliederungsvereinbarung gewährleisten. Nach wie vor ist ungeklärt, ob es sich bei der Neuorganisation um ein verfassungsrechtlich unbedenkliches Modell handelt. Hier muss vorab eine Überprüfung durch Verfassungsrechtler Sicherheit geben. Weiterhin sollten die aktiven Integrationsleistungen durch das Land

Berlin vorgenommen werden; die Arbeitsmarktpolitik sei eine Angelegenheit, die vor Ort gestaltet werden müsse, so Kroll, und nicht zentral durch die Bundesagentur in Nürnberg. Die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Wirtschaft müsse gestärkt, die Kundenfreundlichkeit und Leistungsfähigkeit in den JobCentern verbessert werden. „Mit anderen Worten, es genügt nicht jetzt zwei -statt bisher einen Bescheid- in einen Umschlag zu stecken“, erklärt die Abgeordnete für die Gropiusstadt und das Blumenviertel. „Unsere Sorge ist, dass die Leistungsbezieher noch mehr Ansprechpartner vorfinden und ihnen nur mehr Wege und Bürokratie aufgebürdet werden als vorher!“, meint die selbständige Steuerberaterin Marion Kroll weiter. „Im Interesse der Langzeitarbeitslosen sollten nicht neue Debatten um Zuständigkeiten geführt werden, sondern funktionierende Modelle verbessert und verfassungskonform ausgestaltet werden.“ ■

60 Jahre Luftbrücke



Dr. Robbin Juhnke, MDA
Stadtentwicklungspolitischer
Sprecher der CDU-Fraktion Berlin,
Buckower Abgeordneter

Viele können sich sogar noch selbst daran erinnern. Anderen ist es nur aus Erzählungen bekannt. Aber eines das kennen alle: die Bilder der Kinder, die die großen Flugzeuge, die „Rosinenbomber“ sehnsüchtig erwarten und hoffen, dass auch diesmal wieder kleine Fallschirme zu Boden schweben. Behangen mit Süßigkeiten, Schokolade und Kaugummis mit Aufschriften in einer fremden Sprache. Aus einem fernen Land! Doch war es nicht nur die Herkunft aus so exotischen Ländern wie Großbritannien oder gar den USA, die für Erstaunen sorgte. Musste nicht schon die Normalität eines Alltags, in dem es für Jeden jeden Tag genug zu essen gab, wie eine fremde Welt erscheinen? Nach den harten Kriegsjahren, den nicht minder harten Nachkriegsjahren mit ihren Entbehrungen, ihrer Unsicherheit, Flucht und Vertreibung. Und nun dieses: der freie Teil Berlins wird von den Sowjets abgeriegelt! Eine ganze Millionenstadt soll ausgehungert und in die Knie gezwungen werden. Ein Unterfangen, das in der neueren Geschichte beispiellos an Niederträchtigkeit und Brutalität ist. Doch auch dieses war beispiellos: eine Riesenstadt wird nur aus der Luft versorgt! Im Zweiminuten-Takt fliegen die Flugzeuge mit der lebensrettenden Fracht aus den von Amerikanern, Briten und Franzosen verwalteten Teilen Deutschlands in das dunkle und frierende West-Berlin. Von

Juni 1948 bis Mai 1949 kamen alle Güter von Brennstoffen, Lebensmitteln, Medikamenten bis hin zu schweren Maschinen aus der Luft. Die Luftbrücke war der Startpunkt für den Berliner Flughafen Tegel, der eilig mit eingeflogenen Maschinen in seinen Ursprüngen mitten in der Jungfernheide (also im französischen Sektor) angelegt wurde. Die britische Royal Air Force flog gar mit Wasserflugzeugen und landete auf der Havel vor der Spandauer Küste; natürlich in „ihrem“ Sektor. Im amerikanischen Sektor lag der Flughafen Tempelhof. Unvergessen sind Helden wie der Pilot Jack Bennett, der als erster in Berlin landete. Mit einer Maschine voll Kartoffeln! Insgesamt 2,34 Millionen Tonnen Fracht wurden in die Stadt geflogen bis die Sowjets kläglich das Scheitern ihrer Pläne einsehen mussten und die Zufahrtswege zur Stadt auch auf dem Land- und Seewege wieder freigaben. Bei den 278.000 Flügen gab es leider auch Unfälle:



„Hungerharke“ in Tempelhof

41 Briten, 31 Amerikaner und mindestens 6 Deutsche verloren ihr Leben, weil sie Anderen das Leben retten wollten. An sie erinnern das große Luftbrückendenkmal vor dem Flughafen Tempelhof, die Berliner Stiftung „Luftbrückendank“ und regelmäßige Feierstunden. In diesem Jahr jährt sich der Beginn der Luftbrücke zum 60. Mal. Zum 15. Jubiläum war der US-Präsident John F. Kennedy in Berlin und sprach seine berühmten Worte: „Ich bin ein Berliner!“ Dieses Jahr wird nicht besonders begangen. Der Senat beschränkt sich auf einige kleinere Feierstunden wie sie

Senioren-WG: Modell mit Zukunft!?



Michael Büge,
Neuköllner Stadtrat für Soziales,
Wohnen und Umwelt

Wissen Sie was eine Senioren-WG ist? Nein? Auch ich stellte mir diese Frage vor kurzem, als ich einem hundertjährigen Geburtstagskind die Glückwünsche des Bezirkes persönlich überbrachte. Gemeinsam ging es mit Prof. Manegold, unserem Altbürgermeister, der die Glückwünsche der Alt-Buckower Kirchengemeinde übermittelte, nach Buckow. Ich wusste bis dahin nur, dass Senioren-WG's angeblich immer beliebter werden. Die begriffliche Definition dieser „neuen“ Wohnform für Ältere und Pflegebedürftige, insbesondere in Abgrenzung zum Betreuten Wohnen, der „betreuten Wohngruppe“, war mir bekannt. Was ich dann tatsächlich bei der Feier antraf überzeugte vor Ort; eine Form der Wohngemeinschaft, die Zukunft hat und eine mehr als erstrebenswerte Alternative zu den althergebrachten Wohnformen für Menschen im Alter ist. In der heutigen Zeit führen immer mehr Senioren ein sehr aktives Leben, gehen Hobbys nach, verreisen, bilden sich weiter. Da ist es nicht verwunderlich, dass der Gedanke, den Lebensabend in einer so genannten Senioren-WG ver-

bringen zu können, für immer mehr Senioren vorstellbar ist. Das Hauptargument für eine Senioren-WG: statt allein im Haus oder einer anonymen Wohnung zu leben, bilden sie eine aktive Gesellschaft Gleichaltriger. So sind gemeinsame Aktivitäten und Unternehmungen genauso an der Tagesordnung wie die Möglichkeit des Rückzugs. Jeder Bewohner verfügt über sein eigenes Zimmer. Zusätzlich existieren in der Wohnung ein Gemeinschaftsraum, eine große Küche und ein Balkon, wo sich die Bewohner gemeinsam aufhalten können. Darüber hinaus sind je nach Bedarf, aber nicht ganztägig und bei allen Bewohnern, auch Pflegekräfte helfend tätig. In der besuchten WG wohnen zehn Seniorinnen zwischen 65 und 100 Jahren. Eine Bewohnerin ist Frau K. Sie wohnt in der Senioren-WG, weil sie ohne fremde Hilfe den Alltag nicht mehr bewältigen kann. In der großen Wohnung ist immer jemand da, der sich um sie kümmern kann, rund um die Uhr! „Wir verstehen uns alle gut, manchmal gibt es Streit, aber das ist, wo mehrere zusammen sind, auch normal“ sagt sie. Allen ist gemeinsam, dass sie sich zu jung für übliche Betreuungskonzepte fühlen und/oder schlechte Erfahrungen in Pflegeheimen gemacht haben. In der Buckower Senioren-WG sei das anders, hier zähle die Gemeinschaft, so die Bewohner. Jeder in der WG muss Miete und eine Betreuungspauschale bezahlen. Was darüber hinaus geht, bezahlt in der Regel die Pflegeversicherung. Deshalb könne grundsätzlich jeder dort einziehen, der sich die restlichen Gebühren leisten kann. Den Bewohnern bleiben persönliche Freiheit und Unabhängigkeit erhalten. Altbürgermeister Manegold und ich sind uns einig: Dieses Wohnmodell ist eine Alternative mit Zukunft. Es trägt positiv dazu bei, dass Menschen auch im Alter und trotz mancher altersbedingter Einschränkungen länger selbständig und aktiv bleiben. Es wäre wünschenswert, wenn sich zukünftig mehr solcher WG's im Bezirk entwickeln. ■

auch sonst stattfinden. Ein Fehler! Die Luftbrücke ist für die Geschichte Berlins von zentraler Bedeutung, ein herausragender Akt der Menschlichkeit und ein Sieg der Freiheit. Ich denke, dass man hier mehr Grund zur Erinnerung hat, als an den 40. Jahrestag der 68er Bewegung, der zur Zeit landauf landab in großen Ausstellungen und Symposien zelebriert wird!

Tempelhof ist ein Chancenflughafen!



Dr. Friedbert Pflüger, MdB
Oppositionsleiter im Abgeordneten-
haus und Britzer Abgeordneter

„Das Volksbegehren, bei dem mehr als 200.000 Berliner für den Erhalt des Flughafens Tempelhof abstimmten, ist ein großer Erfolg“, sagte CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger. Dank gebühre allen, die den Weg in die Ämter auf sich genommen haben. Gleichzeitig rief er alle Berliner auf, beim anstehenden Volksentscheid am 27. April noch einmal „eine solche Volksbewegung“ hinzubekommen, die den Senat zwingt, die Schließung Tempelhofs zu

stoppen. „Wir werden mit aller Kraft um jede Stimme kämpfen. Berlin braucht den Flughafen Tempelhof.“ Inzwischen haben sich viele Persönlichkeiten für Tempelhof ausgesprochen: Neben Alt-Bundespräsident von Weizsäcker, den Bundeskanzlern Schmidt, Kohl und Merkel, mahnte auch Richard Gooding, Geschäftsführer des Londoner City-Airports: „Wenn Sie Tempelhof schließen, machen Sie einen großen Fehler. Dies ist eine Verschwendung öffentlichen Vermögens.“ Bahnchef Hartmut Mehdorn sagte erneut zu, den Flugbetrieb zu übernehmen. Und Ronald Lauder, amerikanischer Unternehmer und Präsident des World-Jewish-Congress erneuerte sein Angebot, am Flughafen ein Gesundheitszentrum für 350 Mio. Euro zu bauen und 5000 Arbeitsplätze zu schaffen. Doch Wowereit bleibt stur. Lauder: „Die ablehnende Haltung Wowereits ist eine Schande. Ich habe noch nie jemanden getroffen, der so unwillig ist, zuzuhören. Wo immer ich hinkomme und eine Investition vorschlage, werde ich mit offenen Armen empfangen. Nur hier nicht.“ Die Berliner werden für die leeren Gebäude zahlen müssen – 12 Mio. Euro im Jahr. Der führende deutsche Luftverkehrsrechtsexperte, Prof. Elmar Giemulla, wies darauf hin, dass der Geschäftsflugverkehr jährlich um 20% wachse. Da BBI bereits bei seiner Eröffnung an seine Kapazitätsgrenze stoße, solle man die idealen Voraussetzungen für den Geschäftsflugverkehr in Tempelhof nutzen. Das Risiko einer Gefährdung von BBI durch Geschäftsfieger in Tempelhof sei „gleich Null“, so Giemulla. Ebenfalls zu Wort meldete sich der legendäre „Candy-Bomber“ Gail Halverson: „New York hat seine Freiheitsstatue. Die Freiheitsstatue Berlins ist der Flughafen Tempelhof. Er darf nicht geschlossen werden.“ Pflüger abschließend: „Es heißt in der Verfassung nicht Volksratschlag, sondern Volksentscheid. Stimmen Sie am 27. April mit JA. Herr Wowereit kann und wird eine klare Entscheidung des Volkes nicht ignorieren können.“ ■



Flughafen Tempelhof - Tradition, Zukunft, Arbeitsplätze, Kaufkraft

Volksentscheid Tempelhof

**JA 27. April
zu Tempelhof**

Weitere Informationen
zum Volksentscheid
unter:

www.wahlen-berlin.de

www.cduberlin.de

www.tempelhof-retten.de



Termine:
27.04.2008
Volksentscheid
Flughafen
Tempelhof

Bürgersprechstunde:

Jeden Dienstag ab 18:00 Uhr

Bürgerbüro Donaustrasse 100

U-Bahnhof
Rathaus Neukölln (U 7)

Impressum:

V.i.S.d.P.
Sascha Steuer, MdA
CDU Bürgerbüro
Donaustrasse 100
12043 Berlin - Neukölln
Tel.: 687 22 99
www.cdu-neukoelln.de

Redaktion und Gestaltung:

Sascha Steuer, MdA
Kai Aderhold

Fotos:

CDU-Fraktion Berlin/ Neukölln
Die nächste „Neuköllner Rundschau kompakt“ erscheint im Mai 2008